

Gemeindevertreter

in der Gemeinde Am Mellensee

An den Vorsitzenden der Gemeindevertretung
der Gemeinde Am Mellensee
Maik Tscherwinka
Zossener Straße 21 c
15838 Am Mellensee

Am Mellensee 2021-12-04

Einreichung Beschlussvorlage

Feststellung der außergewöhnlichen Notlage nach §50a BbgKVerf

Sehr geehrter Herr Tscherwinka,

gemäß der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg §35 Satz 1, bitten die unterzeichnenden Gemeindevertreter Sie folgende Beschlussvorlage in der kommenden Gemeindevertretersitzung am 6.12.2021 ergänzend außerhalb der bisherigen Tagesordnung am Beginn der Sitzung zur Abstimmung zu bringen.

Beschlussvorlage:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Mit sofortiger Wirkung stellt die Gemeindevertretung die außergewöhnliche Notlage nach §50a BbgBVerf fest. Diese Feststellung muss durch die Gemeindevertretung zu einem geeigneten Zeitpunkt per erneuten Beschluss wieder aufgehoben werden. Die Verwaltung wird aufgefordert rechtssicher zu klären ob die Zuschaltung auch im nicht öffentlichen Teil erfolgen kann, da dies explizit in der BbgKVerf nicht geregelt wird. Außerdem erfolgt die unverzügliche Anzeige dieses Beschlusses bei der Kommunalaufsicht des Landkreises Teltow Fläming.

Begründung:

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg sieht seit dem 21.6.2021 zur Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen die Zuschaltung von Ausschussmitgliedern per Video oder Audio in allen kommunalen Gremien vor (alle Ausschüsse sowie Ortsbeiräte). Bedingung dafür ist ein Beschluss einer zwei Drittel Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung. Zum Schutz der eigenen Gesundheit und der anderer sollte diese Teilnahmemöglichkeit ab sofort ermöglicht werden. In vielen anderen Gemeinden des Landes wird dies bereits umgesetzt

Ein Verweis auf eine nächste Sitzung als neuer Tagesordnungspunkt ist entbehrlich, da die Kommunalverfassung die Beschlussfassung zu Beginn einer Gemeindevertretersitzung vorsieht, um eine sofortige Umsetzung zu ermöglichen.

Anlage: §50a BbgKVerf


Antje Schuster


Tobias Janke


Dirk Pehnert

Abschnitt 3a

Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen

§ 50a

Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außergewöhnlichen Notlagen

(1) Ist ein Zusammentreten der Sitzungsteilnehmer an einem Sitzungsort zu Sitzungen der Gemeindevertretung, des Hauptausschusses, der Ausschüsse und der Ortsbeiräte aufgrund einer außergewöhnlichen Notlage so wesentlich erschwert, dass eine ordnungsgemäße Sitzungsdurchführung unzumutbar wäre, kann die Gemeindevertretung mit zwei Dritteln der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder eine außergewöhnliche Notlage feststellen und damit die Anwendbarkeit des Absatzes 2 eröffnen. Soll die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage bereits in einer Sitzung nach dem Absatz 2 erfolgen, so ist in diesem Fall der Beschluss nach Satz 1 zu Beginn der Sitzung zu fassen. Der Beschluss nach Satz 1 ist unter Berücksichtigung der Art der Notlage angemessen zeitlich zu befristen beziehungsweise vorzeitig aufzuheben, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht mehr vorliegen. Die Feststellung der außergewöhnlichen Notlage sowie deren Aufhebung ist der nach § 110 Absatz 1 oder Absatz 2 zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde anzuzeigen.

(2) In außergewöhnlicher Notlage können alle Mitglieder der Gemeindevertretung per Audio oder Video an der Sitzung der Gemeindevertretung teilnehmen. § 34 Absatz 1a Satz 6 bis 14 ist entsprechend anzuwenden. Für die Sitzungen des Hauptausschusses, der Ausschüsse sowie der Ortsbeiräte findet diese Regelung entsprechend Anwendung. § 36 Absatz 3 findet keine Anwendung. Ergänzend sind im Falle von Video- und Audiositzungen der Öffentlichkeit die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten für das Verfolgen der Sitzungen der Gemeindevertretung allgemein bekannt zu machen.